

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 13 (1921)
Heft: 1

Artikel: Erster Kongress der Betriebsräte Deutschlands
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351425>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

blössten gegenüber kam in einer Resolution zum Ausdruck, in der zu lesen steht: «...3. Das Gleichgewicht des Bundesbudgets muss vollständig wiederhergestellt sein, ehe in der Frage der Sozialversicherung irgendeine die Eidgenossenschaft verpflichtende Entscheidung getroffen wird. 4. Bei der gegenwärtigen Lage muss jedes neue Staatsmonopol bekämpft werden als eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung und Wohlfahrt des Landes. Die während des Krieges geschaffenen Monopole sind in möglichst kurzer Frist aufzuheben.» Etwas anderes war natürlich von diesem Kongress nicht zu erwarten.



Erster Kongress der Betriebsräte Deutschlands.

Vom 5. bis zum 7. Oktober 1920 tagte in Berlin der erste Kongress der Betriebsräte Deutschlands. 953 Delegierte waren erschienen. *Tagesordnung:* 1. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands. (Referent: Rud. Wissell.) 2. Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung. (Referent: Dr. Hilferding.) 3. Die Aufgaben der Betriebsräte. (Referenten: Dissmann und Nörpel.) 4. Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte. (Referent: Brolat.)

Wissell schilderte die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Deutschlands. Er brandmarkte den Raubbau, der während des Krieges mit den Rohstoffen und mit der menschlichen Arbeitskraft getrieben wurde. Er wies darauf hin, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem aus diesem Elend nicht heraushelfen könne. Es müssen neue Wirtschaftsformen gefunden werden. Er betonte die Notwendigkeit der Schulung und Bildung der Arbeiterschaft; viele Betriebsräte nützen heute die ihnen zustehenden Rechte nicht aus, da es ihnen an der nötigen Erfahrung und Schulung gebricht.

Hilferding sprach über die Sozialisierung. Durch den Streit unter der Arbeiterschaft ist es dem Bürgertum möglich geworden, seine durch die Revolution erschütterte Stellung wieder zu festigen. Die Kapitalistenklasse steht einig da; die Front der Arbeiterklasse wird immer wieder durchbrochen. Wir fordern eine vollständige Systemsänderung der Wirtschaft. Die erste Bedingung, die die Sozialisierung erfüllen muss, ist die Sicherung des Fortganges der Produktion. Die Sozialisierung muss in einer Form erfolgen, die nicht einen Produktionsrückgang, sondern eine Produktionssteigerung mit sich bringt. Diese Steigerung der Produktion kann durch eine *organisch aufbauende Methode* der Sozialisierung bewirkt werden. Die Ingenieure, die kaufmännischen Leiter müssen zuerst für die Gewerkschaftsbewegung und dann für den Sozialismus gewonnen werden.

Der Sozialismus ist eine Machtfrage. Wir müssen uns in den Besitz der kapitalistischen Machtpositionen setzen und diese in die Verfügungsgewalt der Gesellschaft überführen. Im Vordergrund steht die Sozialisierung der Kohle- und Kaliindustrie, dann folgen die Elektrizität, die Grosseisenindustrie, die Baustoffindustrie und der Kohlenbergbau.

Die bevorstehenden Kämpfe fordern die *Einheit des Proletariats*. Im Kampf um die Sozialisierung des Kohlenbergbaus dürfen wir hoffen, das gesamte Proletariat wieder einmal zu einigen in einer grossen, einigenden Aktion. Unser Kampf geht nicht nur um materielle Interessen; er soll auch eine neue Ära der *Kultur* herbeiführen. Deshalb darf eines in der Arbeiterschaft nicht fehlen: *der Idealismus*.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde eine Resolution folgenden Inhalts angenommen: Die Versuche, die Wirtschaft wieder aufzurichten, sind gescheitert. Die kapitalistische Wirtschaft ist in unaufhaltbarem Zerfall begriffen; die Geldentwertung sperrt die Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln und lässt die Kaufkraft der breiten Massen immer weiter hinter den steigenden Warenpreisen zurückbleiben. Das Kapital dagegen macht in manchen Wirtschaftszweigen glänzende Gewinne und wälzt die Lasten der Besteuerung durch tausend Finten auf Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger ab. Auf den bisherigen Wegen ist aus dem Elend der gegenwärtigen Lage nicht herauszukommen. Es bedarf dazu der Sozialisierung der für sie reifen Wirtschaftszweige. Das Ziel der proletarischen Wirtschaftspolitik geht dahin, die Verfügung über die Produktionsmittel zu erringen.

In einer Entschliessung zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde festgestellt, dass die Fortdauer des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu einer Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen geführt habe und dass nur die sozialistische Wirtschaftsordnung den materiellen und kulturellen Aufstieg der Hand- und Kopfarbeiterschaft sichere. Die Betriebsräte und Gewerkschaften werden aufgefordert, alle ökonomische und politische Macht der Arbeiterklasse auf die Verwirklichung des Sozialismus zu konzentrieren.

Der dritte und vierte Punkt der Tagesordnung wurden zusammen behandelt. Dissmann referierte über die Aufgaben der Betriebsräte. Erneut stehen wir heute vor der Frage: Ist die Arbeiterklasse reif zum Sozialismus? Durch rohe Gewalt allein gelangen wir nicht zum Sozialismus; der Erlangung der Macht muss eine Veredlung der Gesinnung folgen. Dissmann setzte in längeren Ausführungen die Aufgaben der Betriebsräte auseinander. Diesen Aufgaben wird man aber nicht gerecht, indem man den Mund bis an die Ohren aufreisst, sondern indem man seine Forderungen sachlich begründet. Er wandte sich gegen die Parole: Wählt politische Arbeiterräte! und rief den Kongressteilnehmern zu: «Kniet euch hinein in das Wirtschaftsleben, denn darin liegt die Rettung und die Möglichkeit, dass wir nachher gesunde Arbeit leisten können!» Er betonte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit von Hand- und Kopfarbeitern und verteidigte die Gewerkschaften gegen die Angriffe der Linken. Die gewerkschaftliche Einheitsfront darf nicht zertrümmert werden. Wenn man uns als «Gelbe» bezeichnet, so sagen wir: «Euer Schimpf und Schmutz reicht nicht an unsere Stiefelsohlen heran.» Nicht zerreißen, sondern zusammenschweissen ist unsere Aufgabe!

Nörpel behandelte die organisatorischen Fragen. Er befürwortete die Konzentration der Betriebsräte in den Gewerkschaften. Die Kapitalisten wissen genau, welche Macht die Betriebsräte besitzen, wenn die Gewerkschaften hinter ihnen stehen. Wenn Arbeiter und Angestellte zusammengehen, werden wir unser Ziel erreichen.

Die Korreferenten der Opposition, die Genossen *Brandler* und *Richard Müller*, forderten die Anwendung neuer Methoden des Klassenkampfes. Die Wortführer des Gewerkschaftsbundes sind bewusst oder unbewusst Werkzeuge der Konterrevolution. Die Gewerkschaften sind zu bürokratisch. Wir müssen versuchen, die Gewerkschaften zu revolutionieren und in Verbände aller Hand- und Kopfarbeiter umzuformen.

Nach kurzer Diskussion wurden die von Dissmann, Nörpel und Brolat vorgeschlagenen Resolutionen mit grosser Mehrheit angenommen. Die von Brolat vorgeschlagene Resolution betrachtet eine Sonderorganisation der Betriebsräte als nicht von Nutzen und betrachtet eine Zusammenfassung nur auf dem Boden der

Richtlinien des A. D. G. B. und der Afa gegeben. Die Resolution *Dissmann* fordert die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Kontrolle der Produktion nicht nur über die einzelnen Betriebe, sondern die *Gesamtkontrolle* über die einzelnen Industriezweige. Die von *Nörpel* vorgelegten drei Resolutionen fordern eine Novelle zum Betriebsrätegesetz und den sofortigen Erlass von Gesetzen über Ausführung der §§ 72 und 70 des Betriebsrätegesetzes betr. Einblick der Betriebsräte in die Betriebsgewinn- und Verlustrechnung und betr. Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat.

Nachdem Anträge gegen die Arbeitsdienstpflicht und zur Wohnungsfrage angenommen worden waren, schloss Genosse *Aufhäuser* den Kongress. Unter den Klängen des Sozialistenmarsches gingen die Teilnehmer auseinander.



Ausland.

Amerika. Die 40. Jahresversammlung des amerikanischen Arbeiterbundes (American Federation of Labor) wurde in der ersten Junihälfte 1920 zu Montreal in Kanada abgehalten. Auf Begrüßungsansprachen antwortete Samuel Gompers mit einer längeren Rede, in der er hervorhob, dass zur Zeit der vorigen Tagung der A. F. of L. auf kanadischem Boden, im Jahre 1909 zu Toronto, die Mitgliederzahl der angeschlossenen Organisationen 1,450,000 betrug, während sie nun 4,078,450 ausmacht. Gegenüber 1919 ergab sich eine Zunahme um 819,000 Mitgliedern. Die Zahl der Zentralverbände ist nun 110, die Zahl der Ortsvereine von Verbänden 36,741 und ausserdem gibt es 1286 selbständige Lokalvereine und gemischte Gewerkschaften.

Eine der wichtigsten Fragen, welche die 40. Jahresversammlung entschied, betraf die Neger in der Arbeiterbewegung. Nach einer stürmischen Debatte wurde die völlige Austilgung der «Farbengrenze», die Gleichstellung von Farbigen und Weissen, beschlossen.

Ein Antrag, der von den Delegierten der Frauenkleidermacher eingebracht worden war und angenommen wurde, fordert die Freilassung der noch immer inhaftierten «politisch gefährlichen Personen» (Sozialisten und Kommunisten), die in einem Anfall von nationaler Hysterie auf Grund von Kriegsausnahmegesetzen eingekerkert wurden. Dagegen sprach sich die Versammlung mit sehr grosser Mehrheit gegen die Anerkennung der Räteregierung in Russland und gegen die Aufhebung der Handelsblockade gegen das kommunistische Russland aus. Es wird erklärt, dass es die A. F. of L. für angezeigt hält, nichts zu unternehmen, das als Unterstützung oder Billigung des Räteregimes ausgelegt werden könnte, so lange, als dieses nicht auf vom Volk gebener Autorität begründet ist, solange die Bolschewisten versuchen, zivilisierte Nationen mit geordneten Zuständen zur Revolution zu treiben, solange sie dem Militarismus anhängen und die Bürgerrechte sowie die Gewerkschaftsbewegung brutal unterdrücken.

Ein anderer bemerkenswerter Beschluss fordert die Aufhebung der auf Zwangsschlichtung von Arbeitsstreitigkeiten bezüglichen Bestimmungen des Eisenbahngesetzes von 1912 (Esch-Cummins-Gesetz). Mit 29,059 gegen 8459 Stimmen wurde der Staatsbesitz und Betrieb der Eisenbahnen befürwortet, weil man davon eine Besserung der Verkehrsverhältnisse erhofft. Der betr. Beschluss wurde gefasst, trotzdem sich Gompers stark dagegen einsetzte.

Die Versammlung anerkannte das Recht des irischen Volkes auf Selbstbestimmung und Selbstregierung und protestierte gegen das Bestreben der englischen Regierung, mit militärischer Gewalt die republikanische Staatsform in Irland zu unterdrücken.

Ein Beschluss wendet sich gegen militärische Uebungen in Schulen, weil mit solchen der Herdengeist grossgezogen und die Unterdrückung der freien Persönlichkeit eingeleitet wird. Der in den Friedensverträgen enthaltene Plan zur Bildung eines Völkerbundes (Liga der Nationen) wurde gutgeheissen und zugleich bedauert, dass die Ratifikation der Verträge von seiten Amerikas noch nicht erfolgt sei. Dass der Völkerbundsplan verbesserungsbedürftig ist, wird in dem Beschluss ausdrücklich gesagt.

Der übliche Beschluss gegen die Bindung der Gewerkschaften an irgendeine politische Partei wurde widerspruchlos erneuert.

Von den Beschlüssen wirtschaftlicher Art richtet sich einer gegen das Taylorsystem im Postbetrieb; einer sichert den öffentlichen Angestellten die Unterstützung des Arbeiterbundes bei dem Bestreben zu, dass die Entlassung nur nach entsprechender Anhörung erfolgen dürfe, und dass gegen sie Einspruch zulässig sein solle; ein anderer verpflichtet die angeschlossenen Organisationen zur Unterstützung von Bewegungen zwecks Herabsetzung der Arbeitszeit auf weniger als acht Stunden im Tag. (Dieser letztere Beschluss wird bereits in den Tageszeitungen als unzeitgemäss heftig angegriffen.)

Ein Beschluss verlangt vom Bundesparlament Massnahmen gegen die übermässige Gewinnmacherei («Profiteering»), damit die Kosten der Lebenshaltung wieder zum Sinken gebracht werden können.

Der Antrag auf Bildung von Arbeitsgemeinschaften mit Unternehmerorganisationen wurde mit sehr grosser Mehrheit abgelehnt.

Eine Reihe von Beschlüssen richtet sich gegen die Unterstützung von Lostrennungsbestrebungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung.

Die Resolution vom Jahre 1919, welche verlangt, dass den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht in den Betrieben gewährt werden soll, wurde wiederholt; dabei wird aber der Grundsatz der Freiwilligkeit in der Schaffung solcher Einrichtungen betont und jede Zwangsorganisation abgelehnt.

Alle Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt; nur um einen Posten traten zwei Bewerber auf. Der im Januar 70 Jahre alt gewordene Samuel Gompers, der zum 39. Male als Vorsitzender des Arbeiterbundes gewählt wurde, hatte diesmal keinen Gegenbewerber. Die nächste Jahresversammlung findet in Denver (Colorado) statt.



Sozialpolitik.

Arbeitszeitgesetz bei den Eisenbahnen und den andern Verkehrsanstalten. An der Volksabstimmung vom 31. Oktober 1920 haben sich 646,808 Bürger beteiligt. 369,466 Bürger stimmten für das Gesetz, 277,342 Bürger stimmten gegen das Gesetz. Der Bundesrat hat die Abstimmung gültig erklärt.

Einbanddecken

für den Jahrgang 1920 der «Gewerkschaftlichen Rundschau» und der «Revue Syndicale». Wir fordern die Genossen, Abonnenten und Organisationen, welche die Zeitschrift einbinden lassen wollen, auf, bis längstens den 30. Januar die Einbanddecken zu bestellen. Das Inhaltsverzeichnis liegt dieser Nummer der «Rundschau» bei. Auf Wunsch lassen wir auch das Einbinden besorgen, in diesem Fall müssen die 12 Nummern des Jahrgangs nebst Beilagen eingesandt werden.

Die Einbanddecken kosten pro Stück Fr. 2.—, inklusive Einbinden Fr. 3.—.